

## Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zum Antrag des Abgeordneten Christoph Schulze „Keine Inbetriebnahme Südbahn BER ohne vollständigen Schallschutz“ (Drs. 6/502)**

### **Der Landtag möge beschließen:**

„Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung Brandenburg auf, dafür Sorge zu tragen, dass die FBB GmbH mit der Sanierung der Nordbahn und der temporären Nutzung der Südbahn erst beginnt, wenn der baulich zu leistende passive Schallschutz zu mindestens neunzig Prozent gemäß Gerichtsbeschluss bzw. gemäß Planfeststellungs- und Planergänzungsbeschluss umgesetzt ist. Für all jene, die auch bis dahin keinen Schallschutz haben, soll eine Lärmrente als Entschädigung gezahlt werden.“

### **Begründung:**

Nach der Anhörung des Sonderausschusses BER am 16.02.2015 „Zur aktuellen Situation des Schallschutzprogramms am BER durch die FBB im Rahmen der Inbetriebnahme der Südbahn zum 2. Mai 2015“ wird klar, dass bei der Vielfalt der vorhandenen Probleme eine vollständige Realisierung des Schallschutzes nicht möglich sein wird. Gleichwohl darf die Südbahn erst in Betrieb genommen werden, wenn der Schallschutz so weit wie möglich sichergestellt werden kann. Für alle, bei denen das aus den unterschiedlichsten Gründen nicht erreicht werden kann, muss es zumindest eine Entschädigung in Form einer Lärmrente geben. Das Verursacherprinzip gilt wonach die FBB die für die Anwohner entstehenden Schäden zumindest finanziell ansatzweise entschädigen muss. Die FBB und die Landesregierung macht es sich zu einfach, wenn sie hier einfach auf die verschickten Anspruchsermittlungen verweist und die vielen Probleme ignoriert.

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN